

A person is seen from behind, looking out a bright circular window in a dark room. The person is wearing a dark jacket with a red strap. The scene is dimly lit, with the primary light source being the window. The overall mood is somber and contemplative.

DÄNEMARK-RUANDA-DEAL

ABSCHIEBUNG VON MENSCHEN, OUT-SOURCING UND OFFSHORING VON ASYL



© Titelfoto von Cristopher Ott

Verfasst von Beatriz Jorge

borderline-europe bietet seit 2007 zivilen Widerstand gegen die europäische Grenz- und Migrationspolitik. Wir haben unseren Sitz in Berlin und Zweigstellen in Palermo und Mytilini.

Als transnationales Netzwerk von Freiwilligen und Aktivist*innen erstellen wir Berichte, Analysen und Informationsmaterial und organisieren öffentliche Veranstaltungen, Aktionen und Kampagnen. Wir kämpfen für ein aktives und kritisches politisches Bewusstsein, das den Folgen einer rassistischen und tödlichen Grenzpolitik entgegenwirkt und sie aktiv sabotiert. Unser Ansatz ist daher zwangsläufig feministisch, emanzipatorisch, antirassistisch und antikapitalistisch.

Mehr Informationen auf unserer Website: www.borderline-europe.de
Unterstützen Sie unsere Solidaritätsarbeit im Mittelmeer: betterplace

Spendenkonto

borderline-europe e.V.

GLS Bank, Bochum

IBAN : DE11 4306 0967 4005 7941 00

BIC: GENODEM1GLS (Bochum)

WICHTIGE PUNKTE

Im September 2022 unterzeichneten Dänemark und Ruanda ein Abkommen über die mögliche Überstellung von Asylbewerber*innen in das ostafrikanische Land. Das künftige "Transfersystem" ähnelt dem von Großbritannien im April angekündigten System.

Jährlich könnten etwa 1 000 Menschen in ein Tausende Kilometer entferntes Land abgeschoben werden, in dem Geflüchtete von Milizen getötet und zwangsrekrutiert werden. Nachdem sie aus ihren Ländern geflohen sind, Grenzen überquert und ihr Leben riskiert haben, um einen sicheren Ort zu erreichen, werden die Menschen in einen Zustand unmittelbarer Gefahr zurückgedrängt.

Sollte das Abkommen zustande kommen, wäre Dänemark der erste EU-Mitgliedstaat, der Offshore-Haft praktiziert und damit einen schrecklichen Präzedenzfall in Europa schafft, wo die geflüchtetenfeindliche Politik weiter auf dem Vormarsch ist.

Die Umsetzung des Abkommens bedeutet nicht nur den Export von Grenzkontrollen, sondern auch eine erhebliche Ausweitung von Inhaftierungen und Zwangsabschiebungen. Die Rhetorik der Regierungen versucht, die Realität zu verschleiern. Es geht nicht darum, "den Menschensmuggel zu stoppen", wie sie sagen, sondern die Migrationskontrollen zu verstärken und zu verschärfen.

Selbst wenn sich die Europäische Kommission weiterhin gegen dieses Abkommen ausspricht, besteht die Gefahr, dass die von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit geprägten Ambitionen Dänemarks andere Länder inspirieren werden.

DER VORAUSSICHTLICHE DEAL

Am 9. September 2022 veröffentlichte die dänische Regierung eine [gemeinsame Erklärung](#) mit dem autoritären Regime Ruandas und kam damit der Auslagerung von Asylverfahren und Schutzpflichten in das afrikanische Land einen Schritt näher. "Ruanda und Dänemark prüfen gemeinsam die Einrichtung eines Programms, durch das spontan in Dänemark eintreffende Asylbewerber*innen zur Prüfung ihres Asylantrags und zur Gewährung von Schutz nach Ruanda überstellt werden können und die Möglichkeit haben, sich in Ruanda niederzulassen", heißt es darin. Die dänische und die ruandische Regierung betrachten das derzeitige Asylsystem als "dysfunktional" und sind in Gesprächen, um einen "neuen Ansatz" zu finden, der den Interessen beider Seiten dient.

Die mögliche Einigung wurde nach einem Besuch des dänischen Ministers für Einwanderung und Entwicklungszusammenarbeit in Ruanda bekannt. Es wurde bekannt, dass **jährlich etwa 1.000 Personen abgeschoben werden könnten**, aber die praktischen und rechtlichen Auswirkungen der Regelung sind noch nicht bekannt.

Dänemark plant, noch in diesem Jahr ein mit zwei Diplomaten besetztes Projektbüro in Kigali, der ruandischen Hauptstadt, zu eröffnen.

Die dänische Regierung versucht, dieses Abschiebeprogramm zu legitimieren, indem sie es als "notwendig" darstellt, um den Menschensmuggel und die gefährlichen Fahrten über das Mittelmeer zu unterbinden, und es als "humanitär" bezeichnet. Dies ist eine ähnliche Rhetorik wie die des ehemaligen britischen Premierministers Boris Johnson, als er Anfang des Jahres eine ähnliche Regelung ankündigte.

Die dänische Regierung scheint zu ignorieren, dass **die Migrationsrouten in erster Linie wegen der EU-Politik so gefährlich und tödlich sind**. Vielmehr ist dies eine weitere von vielen Strategien, um das Land so unfreundlich wie möglich darzustellen und Migrant*innen davon abzuhalten, in Dänemark Asyl zu suchen. So hat die Regierung bereits 2016 das berüchtigte "Schmuckgesetz" eingeführt, das es den dänischen Behörden ermöglicht, wertvolle Gegenstände von Asylbewerber*innen zu konfiszieren, angeblich um für ihren Aufenthalt zu bezahlen.

“ ABSCHIEBUNGEN ALS
"HUMANITÄR" ZU BEZEICHNEN

HINTERGRUND

Die Idee, die Aufnahme und Integration von Geflüchteten nach Afrika auszulagern, wurde erstmals 2018 von den dänischen Sozialdemokrat*innen vorgebracht, damals aber als unrealistisch angesehen. Anfang 2021 hat die dänische sozialdemokratische Regierung jedoch einen

Gesetzesvorschlag mit der

Bezeichnung L226 vorgelegt, der vorsieht, dass Personen, die in Dänemark Asyl beantragen, einschließlich unbegleiteten Minderjährigen, ein beschleunigtes Verfahren durchlaufen, um ihre "Überstellungsfähigkeit" in Einrichtungen oder Lager außerhalb Europas zu prüfen. Drittländer wären dann für die Gewährung von internationalem Schutz für erfolgreiche Antragsteller*innen oder die Rückführung von Asylbewerber*innen mit negativem Bescheid in ihre Heimatländer zuständig.

Der Legislativvorschlag wurde **von vielen Akteur*innen der Zivilgesellschaft und internationalen Organisationen**, darunter das UNHCR, Amnesty International und dem Dänische Flüchtlingsrat, heftig abgelehnt. Die Hauptkritikpunkte waren a) die mangelnde Transparenz der Rechtsnormen,

b) die Besorgnis über zunehmende Gewalt, Inhaftierungen, und Abschiebungen, c) die unrealistische Natur angesichts der Weigerung mehrerer Länder, solche Einrichtungen aufzunehmen, d) das Risiko, weitere Schleppernetzwerke anzustiften, und e) das Risiko, die internationale Solidarität durch die Schaffung eines solchen gefährlichen Präzedenzfalls zu untergraben. [1]

Das dänische Parlament stellte sich taub, und **der Vorschlag wurde im Juni 2021 in Kraft gesetzt** und ebnete den Weg für die Externalisierung von Asylverfahren und den Schutz von Geflüchteten außerhalb Europas. Dies wurde dann von der Europäischen Kommission als Verstoß gegen die EU-Asylgesetze kritisiert. **Die Kommission warnte**, dass rechtliche Schritte eingeleitet werden würden, sollte der Plan tatsächlich umgesetzt werden. Dänemark hat seitdem nach potenziellen Partnern wie Marokko, Tunesien, Libyen und Ägypten sowie dem UN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) und innerhalb der EU gesucht, jedoch haben alle bisher abgelehnt.

[1] Lemberg-Pederson M., Whyte Z., Chemlali A., "Denmark's new externalization law: motives and consequences", Forced Migration Review: Externalization 68, 36-39, November 2021, <https://www.fmreview.org/sites/fmr/files/FMRdownloads/en/externalisation/magazine.pdf>

IN DIE FUSSTAPFEN GROSSBRITANNIENS TRETEN

Anfang dieses Jahres kündigten die britische und die ruandische Regierung eine neue "Partnerschaft für Migration und wirtschaftliche Entwicklung" an, die vorsieht, dass Personen, die irregulär im Vereinigten Königreich ankommen, in das afrikanische Land abgeschoben werden. Die Akten der Asylbewerber*innen werden vollständig von ruandischen Beamt*innen bearbeitet, die von Großbritannien finanziert werden. Im Falle eines positiven Bescheids werden sich die Geflüchteten dann in Ruanda niederlassen, anstatt nach Europa zurückzukehren. Diese Vereinbarung stellt **einen Verstoß gegen die Flüchtlingskonvention** dar, an die das Vereinigte Königreich weiterhin gebunden ist: "Es weicht nicht nur vom Grundsatz des territorialen Asyls ab und stellt ihn offen in Frage, d.h. dem Recht auf Zugang zum (nationalen) Asylverfahren bei Betreten des Landes, sondern fördert auch die Idee, dass Staaten dafür bezahlen können, dass sie sich der Verantwortung entledigen, die sie im Rahmen der Genfer Konvention von 1951 übernommen haben." [2]

In einer von UN-Sonderberichterstatter*innen durchgeführten rechtlichen Analyse

wurden mehrere Bedenken hinsichtlich der Vereinbarkeit des Abkommens zwischen dem Vereinigten Königreich und Ruanda mit den Verpflichtungen Großbritanniens aus den internationalen Menschenrechtsnormen geäußert. Sie wiesen insbesondere auf die Gefahr hin, dass die Verpflichtungen gegenüber den Opfern des Menschenhandels, wie z. B. die unverzügliche Untersuchung und die Bereitstellung eines angemessenen Schutzsystems, nicht eingehalten werden, sowie auf das Risiko der **"Weiterverweisung oder des erneuten Menschenhandels."** [3]

Darüber hinaus gibt es Bedenken hinsichtlich der Behandlung von Menschen, die in Ruanda unterwegs sind und Folter, Sklaverei und Zwangsarbeit ausgesetzt sind, was einen Verstoß gegen Artikel 3 und 4 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) darstellt.

Es ist nicht klar, wie viele Menschen im Rahmen dieser Regelung abgeschoben werden könnten. Nach Angaben der britischen Regierung war geplant, alle Personen, die seit dem 1. Januar illegal eingereist sind, nach Ruanda abzuschieben.

[2] Beirens H., Davidoff-Gore S., "The UK-Rwanda Agreement Represents Another Blow to Territorial Asylum", Migration Policy Institute, April 2022, <https://www.migrationpolicy.org/news/uk-rwanda-asylum-agreement>

In einer [Rede](#) im April 2022 stufte Boris Johnson Ruanda zynisch als "eines der sichersten Länder der Welt ein, das weltweit für seine Leistungen bei der Aufnahme und Integration von Migrant*innen anerkannt ist". Der ehemalige Premierminister behauptete, dass die Fähigkeit des Vereinigten Königreichs, "Menschen zu helfen", begrenzt sei, und stellte das Abkommen als "innovativen Ansatz dar, der von unserem **gemeinsamen humanitären Impuls** angetrieben und durch die Brexit-Freiheiten ermöglicht wird." Die grundsätzlich diskriminierende und rassistische Linie der Regierung in Einwanderungsfragen - zum Beispiel durch die offiziell proklamierte Politik des "**feindlichen Umfelds**" [4] - macht jedoch sehr deutlich: Es geht um den politischen Willen, Menschen auszuweisen und ihnen Schutz zu verweigern, und nicht um fehlende Kapazitäten oder Mittel.

Mitte Juni hob der erste Abschiebeflug nach einer Reihe von Gerichtsentscheidungen des Obersten Gerichtshofs, des Berufungsgerichts und des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) nicht ab. Alle Passagiere durften das Flugzeug kurz vor dem Abflug verlassen. Der Versuch des Vereinigten Königreichs, Asylbewerber*innen nach Ruanda abzuschicken, wird derzeit vor dem High Court angefochten.

Bei der ersten Anhörung vor dem High Court wurde bekannt, dass Ruanda nicht zu den sieben Ländern gehörte, die das britische Außenministerium als mögliche Partner vorgeschlagen hatte. Vielmehr wurde das Land neben anderen Ländern mit schwerwiegenden Asyl- und Menschenrechtsproblemen aufgeführt, aber dennoch nach direkten politischen Interventionen und Verhandlungen ausgewählt. Die neue Premierministerin Großbritanniens, Liz Truss, ist nach wie vor an der Umsetzung des Plans interessiert.[5]

Wenn der Plan umgesetzt wird, wird das Vereinigte Königreich Ruanda zunächst **120 Mio. Pfund (140 Mio. Euro)** für "wirtschaftliche Entwicklung und Wachstum" und in den nächsten fünf Jahren weitere Zahlungen zur Deckung der Betriebskosten des Programms, einschließlich Unterbringung und "Integrationskosten", leisten.

In der Zwischenzeit wurde ein [Wohnheim in Kigali](#) geräumt, um aus dem Vereinigten Königreich abgeschobene Asylbewerber*innen unterzubringen. Bei den ehemaligen Bewohner*innen des Hope Hostel handelt es sich um Überlebende des ruandischen Völkermordes, die dort bis zu acht Jahre lang gelebt hatten. **Etwa 40 Männer wurden obdachlos, während das Wohnheim ungenutzt blieb**, da nie eine asylbewerbende Person angekommen ist.

[3] Statewatch, "UN Special Rapporteurs critical of UK-Rwanda deal", 7 July 2022, <https://www.statewatch.org/news/2022/july/un-special-rapporteurs-critical-of-uk-rwanda-deal/>

[4] Liberty, "A Guide to the Hostile Environment", May 2019, https://www.libertyhumanrights.org.uk/wp-content/uploads/2020/02/Hostile-Environment-Guide---update-May-2019_0.pdf

[5] European Council on Refugees and Exiles (ECRE), "UK: New PM Urged to Address Failing Asylum System as Home Secretary Resigns, Skeletons Flying Out of the Closet Amid High Court Juridical Review of Rwanda Policy, Arrivals Across the Channel Continue", September 2022, <https://ecre.org/uk-new-pm-urged-to-address-failing-asylum-system-as-home-secretary-resigns-skeletons-flying-out-of-the-closet-amid-high-court-juridical-review-of-rwanda-policy-arrivals-across-the-channel-continue/>

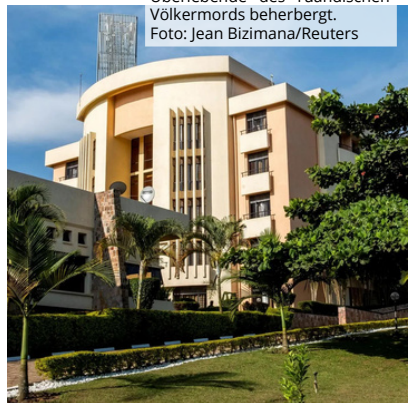
RUANDA, DER EXTERNALISIERUNGSPARTNER

Nach Schätzungen des [UNHCR](#) befanden sich Ende 2021 über 127 000 Geflüchtete in Ruanda, die hauptsächlich aus der Demokratischen Republik Kongo (DRK) und Burundi stammen. Die meisten von ihnen leben in sechs Lagern, die über das ganze Land verteilt sind, wie zum Beispiel im Lager Gashora, 60 Kilometer südlich von Kigali. Ruanda und die UNO haben das Lager vor vier Jahren mit finanzieller Unterstützung der EU eingerichtet, um Geflüchtete aus dem libyschen Bürgerkrieg aufzunehmen. Der eher multilaterale Versuch, das Land als "Modell der Gastfreundschaft" darzustellen, steht im Widerspruch zu

den Aussagen der dort lebenden Geflüchteten, über die The Telegraph in einer aktuellen Untersuchung berichtete. [6] **Harte Armut, übermäßige Gewaltanwendung durch die Behörden, die drohende Gefahr von sexuellem Missbrauch und die allgemeine Isolation von der Gesellschaft** sind einige der Probleme, die aufgedeckt wurden.

Die Einzelheiten des britischen Abkommens mit Ruanda sind spärlich, und das gilt erst recht für das dänische Abkommen. **Die Beweggründe für das Engagement Ruandas** wurden ebenfalls nicht bekannt gegeben, aber es ist nicht das erste Mal, dass das afrikanische Land in derartige Pläne verwickelt ist. Bereits 2014 begann **Israel** damit, im Rahmen eines eher fragwürdigen Abkommens Geflüchtete nach Ruanda zu schicken.

Das **Hope Hostel** in Kigali, das Überlebende des ruandischen Völkermords beherbergt.
Foto: Jean Bizimana/Reuters



Angeblich "bot" die israelische Regierung afrikanischen Asylbewerber*innenn die "Wahl" zwischen ihrer Inhaftierung und einer bezahlten einfachen Reise nach Uganda oder Ruanda, die als "sicher" dargestellt wurden. Die Initiative wurde später von der Internationalen Initiative für Geflüchtetenrechte (IRRI) kritisiert, weil den Asylbewerber*innen bei ihrer Ankunft Dokumente versprochen wurden, die sie jedoch nie erhalten haben, sondern vielmehr aufgefordert wurden, Ruanda zu verlassen. [7]

Paul Kagame, **Ruandas Präsident** seit mehr als zwei Jahrzehnten, war in mehrere **Morde und das Verschwindenlassen politischer Gegner** in Ruanda und im Ausland verwickelt. [8]

Die Nichtregierungsorganisation Human Rights Watch (HRW) hat über die politische Unterdrückung berichtet, zu der die Verfolgung von Journalist*innen und Oppositionsparteien, die ständige Bedrohung, Belästigung und sogar Ermordung von Personen, die bereits aus dem Land geflohen sind, willkürliche Inhaftierungen aufgrund der sexuellen Ausrichtung oder der Geschlechtsidentität sowie andere Menschenrechtsverletzungen durch die ruandischen Behörden gehören.

Die schlechte Menschenrechtsbilanz Ruandas ist nichts Neues.

Im Jahr 2021 hat die Regierung des Vereinigten Königreichs selbst bei der UNO "Untersuchungen zu angeblichen Tötungen, Verschwindenlassen und Folter" gefordert und vor Einschränkungen für Medien und Zivilgesellschaft gewarnt. Außerdem sind LGBTQI+-Personen aus dem Land geflohen und haben in Großbritannien Asyl beantragt. Erst im vergangenen Jahr wurde vier ruandischen Bürger*innen internationaler Schutz gewährt. Es ist einfach "widersprüchlich zu behaupten, dass es sicher ist, Asylsuchende nach Ruanda zu schicken", wie in einem offenen Brief an den Premierminister und den Innenminister im April mit über 150 Unterzeichner*innen, darunter Menschenrechtsgruppen, Wohlfahrtsverbände und Organisationen der Zivilgesellschaft, argumentiert wurde.

Diese Art von Abkommen mit europäischen Ländern wie dem Vereinigten Königreich und Dänemark könnte für das ruandische Regime in vielerlei Hinsicht attraktiv sein. Kagame hat wahrscheinlich die Möglichkeit gesehen, finanziell von der Überstellung und Ansiedlung dieser Personen zu profitieren, die höchstwahrscheinlich wieder versuchen werden, in andere Länder zu gehen. Darüber hinaus können diese Geschäfte als "**politisches Druckmittel**" in internationalen

Gremien und Verhandlungen dienen und das ruandische Regime als glaubwürdigen Partner in internationalen Angelegenheiten darstellen. [9] Gleichzeitig trägt die Propaganda der britischen und dänischen Regierung dazu bei, trotz gegenteiliger Beweise das Bild eines sicheren und stabilen Landes zu vermitteln.

[6] Brown W., "Asylum seekers resettled in Rwanda under EU scheme abandoned in poverty", The Telegraph, 10 June 2022, <https://www.telegraph.co.uk/global-health/climate-and-people/asylum-seekers-resettled-rwanda-eu-scheme-abandoned-poverty/>

[7] International Refugee Rights Initiative (IRRI), "I was left with nothing": "Voluntary" departures of asylum seekers from Israel to Rwanda and Uganda", September 2015, <https://www.refworld.org/docid/55ee8c3a4.html>

[8] Kohnert D., "One-way ticket to Rwanda? Boris Johnson's cruel refugee tactic meets Kagame's shady immigration handling", MPRA Paper No. 113099, May 2022, <https://mpra.ub.uni-muenchen.de/113099/>

[9] Broulard L., "Au Rwanda, la diplomatie migratoire de Paul Kagame", Le Monde, 06 May 2022, https://www.lemonde.fr/afrique/article/2022/05/06/au-rwanda-la-diplomatie-migratoire-de-paul-kagame_6125011_3212.html

UNTERGRABUNG DES GLOBALEN SCHUTZES

Ruanda wurde als Externalisierungspartner bezeichnet, aber dieses System geht noch einen Schritt weiter. Bei der Externalisierung des internationalen Schutzes geht es um Maßnahmen, die von den Staaten ergriffen werden, um die Grenzpolizei über ihre territorialen

Grenzen hinaus zu exportieren. Das dänische Abkommen sieht eine **"dramatische Ausweitung" von Inhaftierungen und Zwangsabschiebungen vor**; es geht also nicht nur um den Export von Grenzkontrollen, sondern um eine erhebliche Ausweitung und Verschärfung der Migrationskontrolle. [10]

Es ist sehr wichtig, sich das **barbarische System** vor Augen zu halten, das **Australien 2012 einführte**, als es begann, Asylsuchende in Offshore-Gefangenenlager auf Manus Island und Nauru zu schicken. Die Menschen wurden in überfüllten Einrichtungen festgehalten, die an einen Flugzeughangar erinnerten, und es wurde ihnen der Zugang zu einer angemessenen medizinischen Versorgung verweigert. Die örtliche Bevölkerung stand den Asylbewerber*innen zunehmend feindselig gegenüber, die nach Verlassen des Hafteinrichtung überfallen, vergewaltigt und ausgeraubt wurden. Der psychische Schaden war enorm: Fast alle Menschen auf Manus Island (88 %) und Nauru (83 %) litten unter extremen Depressionen, Angstzuständen und posttraumatischen Störungen, wie Daten aus dem Jahr 2016 zeigen. [11] **Zwölf Menschen starben fernab der Öffentlichkeit und der Gerichtsbarkeit.** Am Ende wurde das System als "grausam, kostspielig und ineffektiv" bezeichnet und muss als

Weckruf für jede Regierung dienen, die eine ähnliche Grausamkeit plant.

Man kann sich nur vorstellen, welch **unermessliches Leid** diese Auslagerungsgeschäfte verursachen, vor allem für die Schwächsten der Gesellschaft, die erneut Gewalt und Missbrauch ausgesetzt sind. Die Abschiebung von Menschen, die nach Europa gekommen sind, um Schutz vor Verfolgung und Konflikten zu suchen und zu versuchen, sich ein neues Leben aufzubauen, ist mehr als grausam. Sie stellt einen schweren **Verstoß gegen die Flüchtlingskonvention** dar, auch wenn sie als legal und rechtmäßig dargestellt wird.

Mehrere Expert*innen, darunter der UNHCR, haben die Politik als **undurchführbar und rechtswidrig** bezeichnet, und ihre Umsetzung hat sich als schwierig erwiesen. Bereits im Juni 2021 erklärte der Hohe Geflüchtetenkommissar der Vereinten Nationen, Filippo Grandi, dass "[das UNHCR sich entschieden gegen Bestrebungen wendet](#), die darauf abzielen, Asyl- und internationale Schutzverpflichtungen an andere Länder zu externalisieren oder auszulagern", was gegen die Flüchtlingskonvention von 1951 und den Global Compact on Refugees verstößt. Ein weiterer Sprecher der Europäischen Kommission stellte klar, dass dies "[nach den bestehenden EU-Vorschriften nicht möglich ist](#) (...) und

die Grundlagen des internationalen Schutzsystems untergräbt."

Diese unrechtmäßigen Versuche des Vereinigten Königreichs und Dänemarks sind jedoch Teil eines "breit angelegten politischen Vorstoßes", der zunehmend von Ländern mit hohem Einkommen unternommen wird, die immer gewalttätiger und feindseliger werden. Selbst wenn diese Versuche scheitern, stellen sie eine Bedrohung für die Grundsätze und die Architektur der Nachkriegszeit dar, und ihre weitreichenden Auswirkungen müssen als solche betrachtet werden.

Es werden folgende Folgen erwartet:

- a)** die verstärkte Nutzung noch prekärer Routen und die Professionalisierung der Schleusung sowie die Entscheidung einiger Migrant*innen, anderswo Asyl zu suchen, was zu verstärkten Spannungen mit anderen EU-Mitgliedstaaten führt;
- b)** Signalisierung an andere Staaten, dass die Organisation und Annahme solcher Programme (in Partnerschaft mit repressiven Regimen) durchaus möglich ist, was sie zu ähnlichen Bemühungen anregt;
- c)** eine fortschreitende Normalisierung und Legalisierung dieser "Transfersysteme" - und von Inhaftierung und Abschiebung -, die der Flüchtlingskonvention zuwiderlaufen, aber durch die Sprache getarnt und folglich erlaubt und nachgeahmt werden. [12]

SCHLUSSBEMERKUNGEN

Alles in allem hängt der Erfolg dieser Maßnahmen, wie Expert*innen betonen, von der **"Abschreckungswirkung"** ab, die sich diese Regierungen von potenziellen Migrant*innen erhoffen, und nicht unbedingt von der Zahl der tatsächlich nach Ruanda abgeschobenen Asylbewerber*innen. Wenn die Drohung mit einer Abschiebung glaubwürdig genug ist, [13] werden die Menschen zwar ihre Routen und Aufnahmeländer überdenken, aber sie werden weiterziehen.

Die verschiedenen Ressourcen und das Kapital (d. h. politische, entwicklungspolitische und humanitäre Mittel), die in seriöse und legitime Partnerschaften zur Verbesserung des Asyl- und Flüchtlingsschutzes investiert werden könnten, fließen stattdessen in diese dubiosen, unmenschlichen und rechtswidrigen Geschäfte. **Australiens Offshore-Haft gibt einen alarmierenden Einblick** in das, was in Ruanda passieren könnte, einschließlich Verbrechen gegen Schutzsuchende, die letztlich von der britischen und dänischen Regierung finanziert werden.

In den letzten zehn Jahren hat Dänemark eine zunehmend restriktive Einwanderungspolitik eingeführt. Im Jahr 2021 verkündete der dänische Premierminister das Ziel, "null

Asylbewerber*innen" im Land zu haben. Ein Jahr später erklärte Dänemark, dass Hunderten von Syrern*innen die Verlängerung ihrer Aufenthaltsgenehmigung verweigert würde, da Teile Syriens nun sicher für ihre Rückkehr seien. Außerdem zwingt das derzeitige dänische Abschiebesystem die Menschen zu einem Leben im Untergrund und der ständigen Angst, erwischt und zurückgeschickt zu werden. Die Feindseligkeit gegenüber Drittstaatsangehörigen nimmt zu. Die Regierung setzt ihre fremdenfeindliche Politik fort und kommt damit durch.

Bei den so genannten "Transfersystemen" geht es um die Inhaftierung und Abschiebung unschuldiger Menschen nach Ruanda, einem instabilen und gefährlichen Land. Es geht darum, den Menschen noch mehr Leid zuzufügen, während die wahren Verbrecher auf freiem Fuß sind. Diese Art von Plänen muss weiterhin entschieden bekämpft und die Regierungen müssen bestraft werden. **Für Straffreiheit ist weder Platz noch Zeit.**

[10] See footnote 1.

[11] Hodgson N., "Offshore detention: what Australia's experiences suggest for the UK", University of Nottingham, Institute for Policy and Engagement, June 2022, <https://www.nottingham.ac.uk/policy-and-engagement/blog/offshore-detention.aspx>

[12] & [13] See footnote 2.



Human Rights without borders

Contact us:

borderline-europe

Human Rights without borders e.V.

<https://www.borderline-europe.de/>

mail@borderline-europe.de

